

## Haushalt 2023 Stellungnahme der IUHAS-Fraktion

Wir möchten uns zuerst bei Frau Neumann, der Leiterin der Finanzverwaltung, und Herrn Pfeifer für die Erstellung dieses Haushaltsplans bedanken. Ein weiterer Dank gebührt ihnen für die ausführliche Beantwortung der Fragen unserer Fraktion.

Bevor ich zum Haushaltsentwurf 2023 komme, möchte ich einen **kleinen Blick zurückwerfen**. Der erste Haushaltsplan, den uns Herr Bubenzer als Bürgermeister vorlegte, wies ein Defizit von 1.88 Mio. Euro auf. Die mittelfristige Ergebnisplanung, - Planungsdaten, die jedem Haushaltsentwurf für die folgenden 3 Jahre beigefügt sind- , versprach uns 2020 für das Jahr 2023 ein Plus von 200.000,- €  
Wie sah die weitere Entwicklung aus?

	Haushaltsentwurf	Mittelfristige Ergebnisplanung für 2023	
2020	-1.88 Mio. €	+ 200 T €	
<b>2021</b>	-1,5 Mio.	+ 500 T	
<b>2022</b>	-3,7 Mio.	+ 144 T	
<b>2023</b>	<b>-4,0 Mio.</b>		

Und dieses Jahr beraten wir über einen Entwurf mit einem Defizit von **4 Mio. €**. Dies sind noch einmal 300 T mehr als im vergangenen Jahr und dies obwohl uns seit Jahren ein zumindest ausgeglichener Haushalt für 2023 prognostiziert wurde.

Woher nehmen wir das Geld, um dieses Defizit auszugleichen?  
Glücklicherweise ist unsere Gemeinde eine finanzstarke Kommune mit gesunden Unternehmen, so dass wir genügend Finanzmittel in Reserve haben, um diesen Haushalt zu finanzieren. Doch wie lange kann das noch gutgehen? Am Ende dieses Jahres reduziert sich der Bestand an Finanzmitteln von 7,5 Mio. € auf nur noch lediglich 1,2 Mio. €. Auch wenn unsere Gewerbetreibenden Jahr für Jahr mehr an Gewerbesteuer zahlen, als wir im Haushalt eingeplant haben, wird dies

demnächst doch nicht mehr ausreichen, um die seit Jahren defizitären Haushalte zu finanzieren.

Natürlich wissen wir, dass die Finanzen der Gemeinde AH nicht isoliert von allen gesellschaftlichen Entwicklungen betrachtet werden können. Aber erklärt die Inflation in Deutschland dieses hohe Defizit?

Wir haben **höhere Ausgaben**, z.B. bei der Kreis- und Schulumlage, bei den Personalausgaben und der Bauunterhaltung. Hier ist vor allem die Sanierung des Funktionsgebäudes in Hähnlein zu erwähnen. Ein Gebäude, das vor 40 Jahren einmal ca. 1 Mio. DM gekostet hat, soll nun für über 1 Mio. € saniert werden.

Aber wir haben auch deutliche **Mehreinnahmen**:

- + 1,2 Mio. € Schlüsselzuweisung des Landes
- + 1,7 Mio. € Gewerbesteuer
- + 0,8 Mio. € höherer Anteil an Lohn- und Einkommenssteuer

Doch verweilen wir kurz bei dem Stichwort Personalausgaben und betrachten einmal den **Stellenplan** der Gemeinde.

Die Erhöhung der Stellen in der Kinderbetreuung von 26,75 Stellen 2020 auf 35,75 Stellen 2022 und 37,25 Stellen im nächsten Jahr haben wir mitgetragen und werden dies auch weiterhin tun, da diese Ausgaben den jüngsten Mitgliedern in unserer Gemeinde zugutekommen.

An dieser Stelle möchten wir den Gemeindevorstand auffordern, auch die z.Z. offene **Stelle in der Jugendförderung** wieder zu besetzen. Jugendarbeit sollte für alle Jugendlichen vermehrt Angebote bereitstellen.

Problematischer erscheint uns vielmehr die seit einigen Jahren bestehende Ausweitung des **Stellenplans im Bereich der Verwaltung**. Waren es 2020 noch 29,75 Stellen, so sah der Haushaltsplan 2022 bereits 32,75 Stellen vor und dieses Jahr erleben wir eine weitere Aufblähung.

Bereits besetzte Stellen können nicht gestrichen werden. Die IUHAS – Fraktion möchte deshalb, dass zu der einen Stelle, die wir bereits 2022 beantragt hatten, eine weitere Stelle mit einem KW-Vermerk versehen wird. D.h. diese Stellen können zukünftig wegfallen. Dies betrifft die Stelle für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und eine Stelle bei der Kommunalpolizei.

a) Die Gemeinde hat vor mehr als einem Jahr eine ½ - Stelle für **Presse und Öffentlichkeitsarbeit** besetzt. Wir sind der Meinung, dass eine Gemeinde, die

seit Jahren defizitär arbeitet und dieses Jahr wieder mit einem Minus von über 4 Mio. € abschließt, eine solche Stelle nicht benötigt. Eine Kommune soll für ihre Bürger da sein und diese unterstützen, z.B. die Vereine.

PR - Schlagzeilen sind hier wenig hilfreich. Wir lehnen daher den Antrag der CDU, diesen Vermerk, der auf unseren Antrag hin 2022 aufgenommen wurde, zu streichen, ab.

b) Die 2.Stelle, die wir für überflüssig halten, ist eine Stelle der **Kommunalpolizei**. Vor einem Jahr hat die damalige Mehrheit aus CDU und FW den Ordnungsbehördenbezirk (OBB) mit den Gemeinden Bickenbach und Seeheim-Jugenheim, der in dieser Form nur ein Jahr existierte, wieder aufgekündigt. Seitdem zahlt die Gemeinde AH fast 200.000,- € für eine eigene Kommunalpolizei. Zu Zeiten des OBB ist man mit etwa der Hälfte an Personalkosten ausgekommen. Nach einem Jahr mit eigener Kommunalpolizei sind wir der Meinung, dass man auch mit weniger Personalaufwand die gestellten Aufgaben erfüllen kann.

Aber nicht nur beim Stellenplan hat die IUHAS-Fraktion versucht den Rotstift anzusetzen. Auch an anderen Stellen haben wir beantragt, Haushaltsmittel einzusparen.

- Ich erwähnte bereits das **Funktionsgebäude in Hähnlein**. Da absehbar ist, dass eine komplette Sanierung dieses Jahr nicht möglich ist, wollten wir 200.000,- € ins nächste Jahr übertragen.
- Da bei allen Gebäuden der Gemeinde Mittel für Unvorhergesehenes eingestellt sind, glauben wir, dass man weitere 40.000,- € beim allgemeinem **Gebäudemanagement** einsparen kann.
- Auch der Ansatz bei den **Gemeindestrassen (allgemein)** – spezielle Projekte werden gesondert ausgewiesen – schien uns zu hoch. Wir wollten ihn um die Hälfte auf 50.000,- € kürzen. Die Gemeindestrassen sind u.E. in einem guten Zustand. In diesem Jahr müsste also ein geringerer Betrag ausreichen.
- Vor allem eine über 100-prozentige Erhöhung der **Repräsentationskosten** – auch wenn in diesem Jahr die 1250-Jahr Feier in Alsbach ansteht – wollten wir nicht mittragen. Bei diesem hohen Haushaltsdefizit ist der Bürgermeister/Gemeindevorstand in der Pflicht, mit gutem Beispiel voranzugehen, auch wenn dies nur Symbolcharakter hat.

Leider sind uns die anderen Fraktionen bei unseren Einsparvorschlägen nicht gefolgt. *Wir werden diese Anträge deshalb zu dem vorliegenden Entwurf nicht mehr stellen.*

Entlastet hätten wir die Bürger gerne bei der **Grundsteuer**. Hier sieht der Haushaltsentwurf eine Erhöhung des Hebesatzes von 365 Punkten auf 445 vor, also eine Steigerung um über 20%. Auch wenn Alsbach-Hähnlein zu den Gemeinden im Kreis mit dem niedrigsten Hebesatz gehört, sind wir der Meinung, dass eine Erhöhung jetzt zu einem falschen Zeitpunkt erfolgt. In diesem und im letzten Jahr waren und sind die Bürger besonders belastet. Die Strom- und Energiekosten sowie die Preise für Lebensmittel verteuerten sich, allgemein stieg die Inflation auf ca. 10%. Dies betrifft vor allem Personen mit niedrigem Einkommen. Das sind z.B. ältere Bürger:innen, die vielleicht eine Immobilie besitzen, aber nur geringe Einkünfte haben, und vor allem Mieter:innen mit kleinem oder mittlerem Gehalt.

Bedauerlicherweise lehnten die CDU- und SPD-Fraktion im Ausschuss das Aussetzen dieser Erhöhung ab. Den Antrag, die Grundsteuer nicht anzuheben, werden wir trotzdem erneut stellen. Lassen sie uns zu einem späteren Zeitpunkt über eine Erhöhung beraten.

### **Es gibt allerdings auch den einen oder anderen begrüßenswerten Aspekt.**

1. 2021 hatte die IUHAS – Fraktion einen Antrag eingebracht zur Erarbeitung einer **Waldstrategie**, um unseren Wald naturnah und klimaresistent zu entwickeln. Zur Erstellung dieser Strategie sollte ein externer Experte beauftragt werden, diesen Prozess zu strukturieren und zu moderieren. Dieser Antrag wurde in die gemeindlichen Gremien überwiesen und dort diskutiert. Dies führte dazu, dass der BM zu Runden Tischen eingeladen hat, dass mehrere Waldbegehungen stattfanden und auch in der Öffentlichkeit ein reger Diskussionsprozess initiiert wurde. In der Dezember-Sitzung hat nun die Gemeindevertretung beschlossen, eine Waldstrategie zu entwickeln und den Sperrvermerk für die im Haushalt 2022 bereits zu Verfügung gestellten Mittel aufzuheben.

Gleichzeitig wurde ein **Moratorium für den Wald** beschlossen, d.h. es werden mit wenigen Ausnahmen in diesem Jahr keine Bäume gefällt. Das hat natürlich Auswirkungen auf den Haushalt. Das Defizit des Waldwirtschaftsplans erhöhte sich um die Mindereinnahmen des Holzverkaufs abzüglich der Aufwendungen.

2. Die bereits im Haushalt 2022 eingestellten Mittel zur Erstellung eines „**integrierten kommunalen Entwicklungskonzepts**“ (ISEK/IKEG) werden als Haushaltsausgabenreste übertragen und stehen auch 2023 zur Verfügung, so dass eine sinnvolle Ortsentwicklung geplant werden kann. Damit sollten wir 2023 tatsächlich beginnen.

In diesem Zusammenhang möchte ich die **Klimafunktionskarte** erwähnen, die 2022 endlich beauftragt wurde und im Laufe des Jahres vorliegen soll. Damit erhalten wir eine weitere Grundlage für die Planung der kommunalen Entwicklung.

3. Die seit Jahren von der IUHAS-Fraktion beantragten Gelder für die Einführung eines **1-Euro-Tickets** für Alsbach-Hähnlein werden zwar nicht abgeplant, die Haushaltsposition erhält aber einen neuen Titel.

Wir hoffen, dass die im Bereich des öffentlichen Nahverkehrs sich abzeichnende Entwicklung zu einer Entlastung der Bürger und zu einer Attraktivitätssteigerung realisiert wird.

Von eigenen **IUHAS - Anträgen**, die diesen defizitären Haushalt noch weiter belasten würden, haben wir bis auf eine Ausnahme abgesehen.

Die IUHAS-Fraktion hatte vor einem Jahr einen Antrag zum Thema „**Lichtverschmutzung**“ eingebracht, der im November abschließend beraten wurde. Hier wurde u.a. beschlossen, bei einer Erneuerung der Außenbeleuchtung bei Straßen und kommunalen Gebäuden auf eine schonendere Beleuchtung zurückzugreifen. Der Klimaschutz- und Nachhaltigkeitsbeirat hatte in seiner Stellungnahme eigene Untersuchungen zu diesem Thema einfließen lassen. Wir möchten, dass in Zusammenarbeit mit unserem Energieversorger die Beleuchtung in den Ortsteilen **optimiert** wird. Deshalb möchten wir im Haushalt einen kleinen Betrag von 2.500,- € einstellen.

**Fazit:** Sollte die Grundsteuer erhöht werden, wird die IUHAS diesem Haushaltsentwurf nicht zustimmen.